

# Kein Einsatz an der Heimatfront - Bundeswehr raus aus den Schulen!



Vom 24. bis 27. Januar 2011 besucht die Bundeswehr erneut eine Berufsschule sowie eine Realschule in Rosenheim. Nachdem es seit dem Sommer eine Kooperationsvereinbarung zwischen Militär und dem Kultusministerium gibt, werden solche Maßnahmen immer häufiger; zumal die Wehrpflicht jetzt ausgesetzt ist und die Bundeswehr sich nochmals verstärkt um Rekrut\_innen bemühen muss.

## Schulen im Visier der Bundeswehr

Die Bundeswehr plagen Nachwuchssorgen. Dies ist angesichts der immer zahlreicheren und zunehmend eskalierenden Auslandseinsätze kein Wunder. Dieses Imageproblem versucht das Militär durch sozialkundlichen „Nachhilfeunterricht“ durch speziell geschulte Jugendoffiziere zu beheben. Es gibt knapp 100 haupt- und 300 nebenamtliche Jugendoffiziere. Allein im Jahr 2005 führten die Jugendoffiziere fast 8.000 Einsätze durch und erreichten knapp 181.000 Menschen. Mit über 160.000 erreichten Schülerinnen und Schülern liegt der Schwerpunkt eindeutig im schulischen Bereich. Das Ziel sowohl für Auslandseinsätze zu werben als auch Nachwuchs zu rekrutieren soll durch professionelle Unterrichtsmaterialien und Strategiespiele wie POLIS (Politik und Internationale Sicherheit) erreicht werden.

In sogenannten Karrieretrucks und Infomobilen, die Schulhöfe und Messen direkt ansteuern, wirbt die Bundeswehr mit hervorragenden Karrierechancen und sicheren Arbeitsplätzen – die blutige Realität des Militärdienstes bleibt außen vor.

## Die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber

Nicht umsonst muss jede\_r Soldat\_in vor dem Afghanistan-Einsatz sein Testament schreiben. Denn seitdem die „Sicherheit Deutschlands“ (oder mehr noch seine wirtschaftlichen Interessen) am Hindukusch „verteidigt“ werden, sind innerhalb des 8-jährigen Einsatzes 45 deutsche Soldat\_innen gestorben. Der letzte, wie sich herausstellte, wurde von seinem eigenen Kameraden bei makabren Spielen erschossen. Viele haben ihren Auslandseinsatz nicht verkraftet, selbst wenn sie körperlich unversehrt geblieben sind. Ein Drittel der Soldat\_innen, die im Ausland Schreckliches gesehen haben oder an Schrecklichem beteiligt waren (was bei einem Kriegseinsatz durchaus „normal“ ist), ist danach nicht mehr dienstfähig und bedarf der psychologischen Hilfe. Weitaus mehr Kriegstote sind allerdings Zivilist\_innen. Tausende von ihnen verloren allein in Afghanistan ihr Leben. Allein 142 Menschen wurden bei einem von der Bundeswehr veranlassten Luftangriff bei Kunduz im September 2009 getötet.

### Weitere Infos:

- <http://frieden.blogspot.de>
- <http://infogrupperosenheim.tk>

In der afghanischen Bevölkerung stößt die internationale Militärintervention auf große Ablehnung. Immer mehr Menschen fordern den Abzug der Truppen, da ihr Einsatz zusätzliche Gewalt und politische Konflikte gebracht hat. Nach wie vor stößt der militärische Einsatz in Afghanistan auch bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf Ablehnung. Dies ist auch der Grund warum statt Ausbildungs- und Studienplätzen mit Millionen Euro die Militärpropaganda finanziert wird.

Immer mehr Menschen fordern den Abzug der Truppen, da ihr Einsatz zusätzliche Gewalt und politische Konflikte gebracht hat. Nach wie vor stößt der militärische Einsatz in Afghanistan auch bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf Ablehnung. Dies ist auch der Grund warum statt Ausbildungs- und Studienplätzen mit Millionen Euro die Militärpropaganda finanziert wird.

## Glaubt ihren Todschlagargumenten nicht!

Lasst euch von den Jugendoffizieren keinen Scheiß einreden! Für viele von uns ist es zwar auch nach der Ausbildung nicht leicht, eine Festanstellung zu finden; einige sind vielleicht sowieso in einer der "Arbeitslosenklassen". Doch spätestens seit der Aussetzung des Wehrdienstes gibt es keinen vernünftigen Grund mehr, zur Bundeswehr zu gehen.  
*Lieber mal ne Runde harzen als über den Haufen geballert zu werden.*

### Termine

- Fr, 28.01.: **Aktionstag** gegen die Kooperation zwischen Kultusministerium und Bundeswehr. Siehe Rückseite.
- Sa, 05.02.: **Demo** gegen die NATO-Sicherheitskonferenz. 13.00 Uhr, München - Marienplatz.